

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zu dem amerikanischen Militärschlag gegen Bagdad: Anknüpfung an eine negative Tradition.

Seite 1

Dr. Eberhard Brecht MdB zur Reaktion des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf den amerikanischen Vergeltungsschlag gegen die irakische Geheimdienstzentrale in Bagdad: Von der UN-Charta nicht gedeckte Politik der Stärke.

Seite 2

Dokumentation:

Dr. Peter Glotz MdB stellte aus Anlaß des Symposions zur Verabschiedung des Moral-Theologen Johann Baptist Metz am 18. Juni in der Universität Münster "Diagnosen zur Zeit - aus politischer Sicht". Wortlaut:

Seite 3

48. Jahrgang / 120

29. Juni 1993

Anknüpfung an eine negative Tradition Zu dem amerikanischen Militärschlag gegen Bagdad

Von Karsten D. Voigt MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

1. Mangelnde Abetimmung mit den Vereinten Nationen

Der Militärschlag knüpft an an negative amerikanische Traditionen einseitiger Aktionen anstelle multilateraler Abstimmung. Dies widerspricht dem Wahlkampfversprechen von Präsident Clinton, die UNO zu stärken. Die Aktion stellt im Gegensatz dazu eine Schwächung der UNO dar.

2. Rückfall in Vergeltungsdenken

Selbstverteidigung ist legitim zur Abwehr eines drohenden Angriffes, diese Militäraktion stellt aber einen primär innenpolitisch motivierten Akt und einen Rückfall in Fehderecht dar.

3. Kontraproduktive Reaktion auf die irakische Diktatur

Seit dem Ende des Golfkrieges bricht Saddam Hussein kontinuierlich das Völkerrecht und verstößt massiv gegen alle möglichen Menschenrechte. Sein Terror gegen die eigene Bevölkerung, gegen die Kurden und die Schiiten ist ungebrochen und fordert nach wie vor unzählige Menschenleben.

Eine wirklich sinnvolle Aktion müßte somit in einer von der UNO unterstützten Untergrabung des gesamten Terrorregimes und der Förderung demokratischer Verhältnisse im Irak bestehen. Die Möglichkeit einer solchen abgestimmten UN-Lösung kann durch einseitige Militäraktionen wie dem jüngsten US-Schlag nur verschlechtert werden.

4. Militäraktion Beispiel für Doppelstandard

Bomben für Saddam Hussein für ein geplantes Attentat einerseits, Verhandlungen mit den Aggressoren trotz aller Greuel in Bosnien-Herzegowina andererseits, dies empfinden in der islamischen Welt selbst Freunde des Westens als einen kaum zu erklärenden Widerspruch.

Es besteht die große Gefahr, daß die amerikanische Militäraktion in der arabischen Welt die Glaubwürdigkeit und damit die Vermittlerrolle der USA im nahöstlichen Friedensprozeß beschädigt.

(-/29. Juni 1993/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verlagsgesellschaft
für politische und literarische
Veröffentlichungen



Von der UN-Charta nicht gedeckte Politik der Stärke
Zur Reaktion des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf den amerikanischen Vergeltungsschlag gegen die irakische Geheimdienstzentrale in Bagdad

Von Dr. Eberhard Brecht MdB
Vorsitzender des UNO-Unterausschusses des Deutschen Bundestages

Das offizielle Schweigen des UNO-Sicherheitsrates auf die nachträgliche Rechtfertigung des Militärschlages der USA gegen Saddam Husseins Geheimdienstzentrale sowie die nachträglich zustimmenden Erklärungen von Madeleine Albright (USA), Sir David Hannay (Großbritannien), Jean-Bernard Merimee (Frankreich) und Juri Woronzo (Rußland) diskreditieren ein Gramium, auf dem so viele Hoffnungen für eine friedlichere Welt liegen.

Allenfalls eine gute Note für die Verbesserung des Ansehens von Bill Clinton in der amerikanischen Öffentlichkeit hätte man dem Weißen Haus bescheinigen können. Außenpolitisch war der Vergeltungsschlag ein Blindgänger, da er in den Entwicklungsländern eine ungewollte Solidarisierung mit dem irakischen Diktator provoziert. Und völkerrechtlich - und dies haben die Vertreter des Sicherheitsrates in ihrer Mehrheit einfach unterschlagen - ist die Militäraktion gegen Bagdad mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen wahrhaftig nicht zu rechtfertigen:

1. Das versuchte Attentat auf den früheren US-Präsidenten George Bush ist kein bewaffneter Angriff nach Artikel 51. Völkerrechtler aller Couleur sind sich darin einig, daß der Angriff auf Staatsangehörige im Ausland nicht zugleich als "bewaffneter Angriff" auf den Heimatstaat zu interpretieren ist. Damit ist der amerikanische Raketenangriff völkerrechtswidrig.
2. Grundsätzlich unterliegt das Recht der Selbstverteidigung dem Proportionalitätsprinzip. Danach beschränkt sich das Recht der Selbstverteidigung nur auf die direkte Abwehr eines bewaffneten Angriffs und legitimiert keinerlei Vergeltungsaktionen. Überhaupt kennt die Charta keine militärischen Bestrafungsoperationen.
3. Schließlich wären die USA verpflichtet gewesen, vor (!) dem eigenen Handeln den Sicherheitsrat mit dem Attentatsversuch zu befassen, da keine Zeitnot bestand.

Mit dieser dreimaligen Sanktionierung der Charta-Verletzung durch die Siegermächte sollten sich jene Konservative auseinandersetzen, die mit dem Argument der fehlenden Völkerrechts-treue anderen Staaten den Zugang zum Sicherheitsrat verwehren wollen. Die Dritte Welt hat mit Recht das Schweigen des Sicherheitsrates mit Betroffenheit aufgenommen.

Die nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat drängende Bundesregierung wird sich fragen müssen, ob sie als künftiges Mitglied des machtvollen Exekutivorgans der UNO eine von der Charta nicht gedeckte Politik der Stärke mittragen wird. Die von ihren Vertretern gern hervor-gekehrte Bündnistreue ersetzt jedenfalls nicht den Rechtsgehorsam gegenüber dem Völker-vertragsrecht.

(-/29. Juni 1993/rs/tr)

DOKUMENTATION**Peter Glotz: Schlägt jetzt die Stunde der Politik?**

Dr. Peter Glotz, SPD-Bundestagsabgeordneter und Chefredakteur der "Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte" stellte aus Anlaß des Symposiums zur Verabschiedung des Moral-Theologen Johann Baptist Metz am 16. Juni in der Universität Münster "Diagnosen zur Zeit - aus politischer Sicht": Wir dokumentieren seinen Befund im Wortlaut.

I.

Es ist ja nicht so, als ob unsereiner resignieren würde. Meine letzten Stationen waren Lissabon, Graz, Ljubljana. Ich habe dort, durchaus nicht ohne Resonanz, gegen den modisch - achselzuckenden Relativismus angerebet, der unterstellt, als ob man nicht mehr wissen könne, wo einem der Kopf stehe. Der Enthusiasmus für Friedrich August von Hayek, den man heute in Prag, Budapest oder sogar in Moskau aufspüren kann, wird bald verschwinden. Der machtpolitische Sieg der kapitalistischen Form der Modernisierung wird keinen Sieg der 'westlichen Werte' bringen. Deshalb, so meine Standardargumentation, macht ein linkes Projekt noch Sinn: Kriegsverhütung, Bekämpfung des Nationalismus, übernationale Staatsbildung in Europa, Einbettung der marktwirtschaftlichen Rationalität und vorsichtige Erhaltung des europäischen Sozialstaats, Schutz der Natur und der Lebenswelten der Menschen, Gleichstellung der Frauen, Förderung einer demokratischen Massenkultur und einer neuen Bildungsbewegung, die das untere Drittel der Zweidrittel-Gesellschaften zu erreichen sucht. Die europäische Linke darf jetzt nicht die Klamotten hinschmeißen und sich der Nietzscheanisierung hingeben, so verlockend oder jedenfalls entspannend das auch für Leute sein mag, die den seit 1989 blasenden Gegenwind nicht mehr aushalten können.

Aber es hat natürlich keinen Zweck, das munter quäkende Stehaufmännchen zu spielen; oder die Posen zu imitieren, mit denen Bill und Hillary Clinton die Wirklichkeit zu bannen versuchten - schon ein teurerer Haarschnitt kann diese Posen verrutschen lassen. Man muß einige Entwicklungszüge, die sich nicht mehr bestreiten lassen in die eigene Rechnung einstellen. Ich weise auf fünf solcher Entwicklungszüge hin:

1. Wir registrieren schon seit den siebziger Jahren einen radikalen Machtverlust der Einzelstaaten bei der Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse. Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und die Einführung flexibler Wechselkurse haben zur Entstehung transnationaler und exterritorialer Finanz- und Kreditmärkte geführt, die heute das wirtschaftliche Geschehen weit stärker bestimmen als irgendeine nationale Regierung. Die Staaten haben die Zinssouveränität verloren und damit die Möglichkeit einer nationalen Antikrisenpolitik. Wir stehen vor einer Vernetzung der Weltkapitalakkumulation die aus Unternehmern, Bankiers und häufig auch aus Spekulanten macht. Die Industriestaaten stecken in der schwersten ökonomischen Krise seit Anfang der dreißiger Jahre und ihre politischen Führer haben, was immer sie auch erzählen, keine Instrumente mehr in der Hand, um diese Krise zu bekämpfen. Also beschränken sie sich darauf, sich gegenseitig der Unfähigkeit zu bezichtigen und verlieren so Schritt für Schritt das Vertrauen ihrer Völker.
2. Wir stehen in einer Kommunikations - Revolution. Das Zusammenwachsen von Nachrichtentechnik, Mikroelektronik und elektronischer Datenverarbeitung, die Satellitentechnik, die neuen Speichertechnologien und die phantastische Erfindung des Glasfaserkabels drehen die Kommunikationsgewohnheiten einer immer größeren Zahl von Menschen regelrecht um. Das Projekt ist nur mit dem Eisenbahnbau im neunzehnten Jahrhundert und der Massenmotorisierung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts vergleichbar. Die Lokomotive war das Symbol für die kollektive, das Auto das Symbol für die individuelle Mobilisierung aller Lebensverhältnisse. Der ISDN- oder IBFN-Anschluß wird das Symbol für die radikal dezentralisierte Kommunikation, mit gewaltigen Potentialen der Freiheit und Diffe-

renzierung und gewaltigen Potentialen der schmerzlosen Entmündigung. Um nur einen einzigen Aspekt herauszugreifen: Immer mehr Völker verlieren die Fähigkeit ihre eigenen Zeichen Bilder und Klänge zu verbreiten - und lassen es zu, daß die Kanäle ihrer elektronischen Bilderzeugungsapparate mit Produkten aus großen, vor allem amerikanischen Softwarekonzernen bestimmt werden. Michael Douglas in Budapest, Warschau, Neu Delhi und Lissabon, und das alles zur gleichen Zeit. Ethnischer Radikalismus ist zum Teil auch eine Reaktion auf den angstvoll erlebten Verlust kultureller Identität.

3. Gleichzeitig verliert Europa die Möglichkeit, soziale Konflikte durch das Schmiermittel Geld erträglich zu machen. Die Unfähigkeit der europäischen Eliten von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur, sich ein Bild von den strategischen Technologien der Zukunft zu machen führt zwar nicht zur Verelendung, wohl aber zu einer immer stärkeren Abhängigkeit der Europäer von den USA, vor allem aber von Japan. Wir haben das Gesetz der First-Mover-Advantages nicht begriffen. Es ist nicht mehr sehr wahrscheinlich, daß Europa bei den neuen Großtechnologien des Informationszeitalters, also höchst integrierten Chips, Flüssigkristallbildschirmen, Supercomputern und so weiter mithalten kann. Nur bei den Telefonvermittlungssystemen gibt es vielleicht noch eine Chance. Man kann natürlich, wie ein Teil der Linken, die Analyse internationaler Konkurrenzprozesse als Ausdruck des Wohlstandschauvinismus abtun. Es bleibt aber, wie immer man es dreht und wendet, der Tatbestand einer abnehmenden politischen Manövrierfähigkeit.
4. Zu diesen, schon seit zwei bis drei Jahrzehnten erkennbaren Trends kommen die Neuerungen, die aus dem Epochenbruch von 1989 herrühren. Die wichtigste ist die Rückkehr der Identitäten, wie das die politische Rechte nennt, klarer ausgedrückt: Der Rückfall in ethnische Identitäten. Der von Westeuropa hilflos hingenommene neue Nationalismus in Mittel- Ost- und Südosteuropa ist nicht etwa die verständliche Reaktion auf den heuchlerischen Internationalismus von multinationalen Großstaaten wie der Sowjetunion und Jugoslawien, ist keineswegs ein Ausschlag der Geschichte, der schön dialektisch durch eine Antithese korrigiert werden wird. Millionen von Menschen sind vielmehr entschlossen, ihre Identität wieder über Gemeinsamkeiten wie Rasse, ethnische Abstammung oder Territorium zu bilden. Man lese die raunenden Beschwörungen von bedeutenden Intellektuellen wie Alain Finkielkraut, Dobrica Cosic, Istvan Curka oder Solchenyzin und bedenke, wie schwach dagegen die Stimme eines Mannes wie György Konrad wirkt. Das Jahr 1989 führt zurück zum Jahr 1918, als Lenin und Wilson mit einer absurden Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Völker und unter blinder Mißachtung der Siedlungsstruktur Mitteleuropas die Pariser Vorortverträge konstruierten. Mit diesen Verträgen sollte der Friede nach dem ersten großen Weltkrieg in Europa gesichert werden; in Wirklichkeit wurde dort der nächste Krieg programmiert. Die schrecklichen Folgen sind bekannt: Willkürlich zusammengeschusterte Nationalstaaten, fünfundzwanzig bis dreißig Millionen Menschen unter Minderheitenstatus, zehn Millionen Staatenlose und ein nur gut gemeintes aber wirkungsloses System internationaler Kontrolle. Das Unheil nahm seinen Lauf; und wir sollten uns klarmachen, daß dieser Lauf noch nicht beendet sein muß.
5. Die Konsequenz aus dem neuerwachten ethnischen Radikalismus wird eine massive Ost-Westwanderung sein. Mich bestürzt die in der Asyldebatte deutlich gewordene Zukunftsblindheit. Der Einwanderungsdruck - wenn man Asylbewerber, Aussiedler, Kriegsflüchtlinge und Arbeitsemigranten zusammenzählt, allein im Jahr 1992 1,4 Millionen, und das nur nach Deutschland - wird in den nächsten fünfzehn Jahren selbstverständlich erheblich steigen. In diesem Zeitraum wird es mehrere Bosnien geben, im Übrigen eine ganze Reihe von schweren ökonomischen Zusammenbrüchen einzelner Volkswirtschaften. Man kann selbstverständlich mit sehr guten Gründen den sogenannten Asylkompromiß der großen Parteien kritisieren. Er formuliert keine konsistente Einwanderungspolitik, behandelt die längst Eingewanderten viel zu schlecht und wird vielleicht nicht einmal eine Steuerung der Zuwanderung zustande bringen. Vermutlich wäre Otto Schylls Idee, das Individualrecht auf politisches Asyl durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen und die Entscheidungen durch ein intelligent konstruiertes Flüchtlingsamt treffen zu lassen, weit besser gewesen als die gequälten Formulierungen des jetzt konzipierten Artikel 16 a unseres Grundgesetzes. Die Idee aber, daß man das Gefälle zwischen Deutschland und dem früheren Jugo-

slawien, der Ukraine oder der Slowakei dadurch bekämpfen könne, daß Deutschland oder die EG diese Staaten sanfter, ist abenteuerlich unrealistisch. Selbst wenn wir nicht 0,37, sondern 3,7 Prozent unseres Sozialprodukts für Entwicklungshilfe aufwenden würden und selbst wenn wir diese ganze Summe nur im Osten Europas investieren wollten, bliebe Deutschland ein höchst attraktiver Fluchtort für alle Slowaken, Ukrainer oder Serben. Es gibt eine Alternative zur derzeit beabsichtigten Zuwanderungsgesetzgebung in Deutschland. Es gibt aber keine Alternative dazu, die Anziehungskraft Deutschlands als Fluchtort auf die Anziehungskraft Englands, Frankreichs, der Schweiz oder Schwedens zu reduzieren.

Auf Grund dieser roh analysierten Entwicklungen müßte man nun viele Interpolationen in die Zukunft versuchen. Ich beschränke mich auf zwei; und beide fallen knapp aus. Ich will mit diesem kurzen Kalkulationen nur deutlich machen in welchen Zwickmühlen wir uns befinden.

II.

Ich überschreibe meine erste Kalkulation mit den Worten "Das Informationsproblem und der Krieg". Meine These lautet nämlich: Es ist höchst schwierig, angesichts der unvollständigen und einseitigen Information über internationale Politik verantwortliche Entscheidungen über Krieg und Frieden zu treffen.

Ich nehme den Krieg im früheren Jugoslawien als Beispiel, und greife, um kurz zu bleiben, zwei Details heraus. Zu recht weisen die deutschen (und österreichischen und ungarischen) Medien darauf hin, daß die Serben einen international anerkannten Staat - Bosnien-Herzegowina - angegriffen haben. Ein Angriffskrieg. Aber wo wird dem deutschen Medienkonsumenten die Frage vorgeführt, ob man einen multinationalen Staat wie das frühere Jugoslawien ohne Zustimmung der einzelnen Partner einfach zerlegen darf? War es legal oder legitim, große Volksgruppen der Serben (in der Kraina, im Osten der Herzegowina usw.) in fremde Staaten zu verfrachten? War es zumutbar, dies bei Staaten zu tun, die sich so verhielten, wie der Staat Franjo Tudjman, der Staat, der unverhüllt die Pavelic-Flagge der kroatischen Vergangenheit als Staatssymbol gewählt hatte?

Ich führe diese Argumentationskette nicht fort. Ich sage nur: Die Deutschen erfahren Abend für Abend drei Minuten lang in ihrer Hauptnachrichtensendung etwas über die serbische Aggression in Kroatien oder Bosnien. Die Portugiesen erfahren jeden Abend drei Minuten lang etwas über die indonesische Aggression in Osttimor. Die Deutschen wissen (fast) nichts über Osttimor. Die Portugiesen wissen (fast) nichts über Bosnien. Daß die Deutschen etwas über Somalia gelernt haben, liegt, wie Boutros Ghali dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages versichert hat, nur daran, daß er höchstselbst CNN nach Somalia geschickt hat. Wie sollen die Deutschen (oder auch die Portugiesen) verantwortlich entscheiden, wo eine militärische Intervention gerechtfertigt (und wo sie wichtiger wäre) - in Osttimor oder in Bosnien?

Das zweite Beispiel sind die Morde von Cerska. Auf Grund der Meldungen von kroatischen Amateurfunkern ging die Meldung durch die Welt, daß dort fünfhundert Frauen, Kinder und Greisen die Kehlen durchgeschnitten worden seien. Dann kam der General Morillon. Er entdeckte, wie er sagte, keinerlei Blutgeruch. Bis heute weiß niemand, was dort wirklich geschah. Die Wahrheit ist: Sowohl die Kroaten als auch die Serben als auch die Muslime haben die Greuelpropaganda erneut erfunden. Die Berichterstattung von Kriegsschauplätzen ist höchst gefährlich und teuer. Mehr als fünfzig Journalisten sind in den jugoslawischen Kriegen bereits umgekommen. Also drucken und senden die Medien allzu häufig die Nachrichten, die in das eigene Weltbild passen. Wie sollen die Deutschen nun also entscheiden, ob aus Auschwitz folgt, daß sie in Bosnien intervenieren sollten - oder ob aus Auschwitz gerade das Gegenteil folgt? Meine persönliche Schlußfolgerung aus der Berichterstattung aus dem Golfkrieg, dem kroatischen und dem bosnischen Krieg lautet: Die Erzeugung von Massenhysterie ist auch heute zwar nicht auf Knopfdruck, wohl aber durch die Methode "steter Tropfen höhlt den Stein" möglich. Deswegen halte ich Verfassungsbestimmungen, die militärische Interventionen out-of-aerea begrenzen, für höchst hilfreich. Sie hindern einen, allzu oft an Kriegsverbrechen teilzunehmen, die man für moralisch gebotene Hilfe verkauft bekommt. Aber ich fürchte, daß es sehr schwer werden wird, diese Verfassungsbestimmung gegen den unterschiedlich motivierten, im Effekt aber gemeinsamen Druck der Normalisierer und der Gesinnungsethiker zu halten.

Meine zweite Kalkulation verbindet die Begriffe Völkerwanderung, ökonomische Handlungsfähigkeit und Mehrheitsdemokratie. Ich vertrete die Behauptung, daß die von uns allen gelobten und für notwendig gehaltenen, auf Werten aufruhenden Prozeduren der parlamentarischen Demokratie das bewußte In-Kauf-Nehmen von spürbaren Wohlfahrtsverlusten kaum möglich macht. Dies würde heißen: Die Fähigkeit der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie, Konflikte durch antizipatorisches Handeln zu entschärfen, ist gering. Moralisierende Anklagen der Politiker, die auf die Tugenden der politischen Individuen (ihren Mut, ihre Glaubwürdigkeit, ihre Unbestechlichkeit) zielen, gehen an den strukturellen Bedingungen dieser wohlfahrtsstaatlichen Demokratien vorbei.

Selbstverständlich wäre es, so kalkuliere ich, möglich, die Zahl der Emigranten in Deutschland von ca. acht Prozent nicht auf 20 Prozent, wohl aber ca. 16 Prozent (wie in der Schweiz) zu erhöhen. Es gäbe dazu zweierlei Vorbedingungen. Einmal müßte gesichert werden, daß die Last dieser erhöhten Emigration nicht einseitig dem schwächsten Teil der deutschen Bevölkerung aufgehakt würde. Zum anderen wäre es notwendig, daß die verallgemeinerten Wohlfahrtsverluste von den entscheidenden politischen Kräften nicht zum Gegenstand populistischer Agitation gemacht würden. Ich will nicht sagen: Beide Bedingungen sind unerfüllbar. Aber sie sind ohne die einerseits kathartische und andererseits zeitlich begrenzte Wirkung von Warnkatastrophen a la Tschernobyl nur in Ausnahmesituationen erfüllbar. Die politische Klasse verfügt in aller Regel nicht über die Macht, Lasten gerecht über eine Gesellschaft zu verteilen. Ungerechtigkeit erzeugt Gift. Und ein erfolgreicher Elitenwechsel ist fast niemals zu bewerkstelligen, ohne daß dieses Gift benutzt wird. Nichts zeigt das deutlicher als das Schicksal von Alois Glück in der CSU oder Hans-Ulrich Klose in der SPD, um nur zwei neuere Beispiele aus hunderten von möglichen herauszugreifen. Die erfolgreichen Demokraten sind meistens die Polarisierer. Wer also so tut, als ob die Virtutes des modernen Principe der Angelpunkt für die Lösung der strukturellen Probleme einer multipolar gewordenen Welt wären, lügt sich in die Tasche. Europa dürfte seine Grenzen gegen Osten in absehbarer Zeit genau so sichern wie die Vereinigten Staaten ihre Grenze gegenüber Mexiko, weil nämlich nichts dafür spricht, daß die politische Klasse Europas moralischer wäre als die politische Klasse der Vereinigten Staaten. Wir waren - bisher - nur moralischer, weil wir durch eine Mauer geschützt waren. Diese Mauer ist 1989 eingebrochen.

III.

Ich weiß, Politiker müssen Perspektive geben. Sie sollen Hoffnung machen, nicht Hoffungslosigkeit verbreiten. Daher die Rokokosaal-Politik der politischen Klassen in Europa seit 1989. Die Großpolitiker sind von Rokokosaal zu Rokokosaal geraist und haben Karls- und Friedenspreise an Lach Walesa, Vaclav Havel et altera verliehen. Dabei haben sie gewaltige Versprechungen gemacht: Marshall-Pläne, die Aufnahme der Polen und fünfzehn andere Völker in die EG, gar eine "neue Weltordnung". In Wirklichkeit verstärken sich ganz andere Tendenzen: Ein längst versunken geglaubter religiöser Fundamentalismus, ob im polnischen oder kroatischen Katholizismus oder in der serbischen Orthodoxie, eine Renaissance des Peronismus, ob bei Milosevic, Meciar, Tudjman oder Landsbergis, oder Rassismus und Xenophobie, ob in Solingen, Sarajevo oder dem lettischen Staatsbürgerschaftsgesetz.

Schlägt jetzt die Stunde der Politik? Werden wir in der Lage sein, die Warnkatastrophen des letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts zu einer Reformulierung der Ziele und Grundlagen westlicher Industriegesellschaften zu nutzen?

Ich weiß es nicht. Ich weiß nur eines: Nach dreiundzwanzig Jahren in der Politik halte ich für den gescheitesten Spruch des zwanzigsten Jahrhunderts den, der auf einem Schild Bert Brechts stand. Er stellte es als Fanal seines epischen Theaters oft auf die Bühne. Der Text: "Glotzt nicht so romantisch". Wenn ich die Macht dazu hätte, würde ich dieses Schild an die Stirnwand des Bundestags nageln, an die Stelle des Bundesadlers. Oder an die Stirnwand des Auditorium Maximum der Universität in Münster.

(-/29. Juni 1993/rs/fr)
